

mission eingebrachte Beschluß Vorlage vorgetragen und begründet.

Der Beschluß, der in seiner Einleitung die Bedeutung der Wahl der Richter und die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der Gerichte mit der örtlichen Volksvertretung würdigt, legt u. a. fest:

1. Der Kreistag verpflichtet alle Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen, bis zum 30. April 1959 eine Rechenschaftslegung des Kreisgerichts entgegenzunehmen.

2. Das Abgeordnetenkabineett wird im Sommer 1959 eine Abgeordnetenschulung über Fragen der Richterwahl und des demokratischen Rechts durchführen und diesen Punkt in den Arbeitsplan des Kreistags für das zweite Halbjahr 1959 aufnehmen.

3. In der letzten Kreistagssitzung im Jahre 1959 berichten die Richter des Kreisgerichts dem Kreistag, wie sie sich auf die Richterwahl vorbereitet haben, insbesondere auch darüber:

a) Wie hat sich die territoriale Geschäftsverteilung beim Kreisgericht seit dem 1. April 1959 bewährt?

b) Wie haben die Richter durch eine parteiliche Rechtsprechung aktiv fördernd auf die ökonomischen und gesellschaftlichen Aufgaben unseres Kreises eingewirkt?

Das große Interesse, mit dem die Abgeordneten des Kreistags Karl-Marx-Stadt dem Rechenschaftsbericht gefolgt sind, ihr Beifall, ihre Diskussionsbeiträge und die Annahme des Beschlusses haben bewiesen, daß die Volksvertreter der Arbeit des Gerichts sehr aufgeschlossen gegenüberstehen und sich schon jetzt sehr verantwortungsbewußt mit der Frage der Richterwahl beschäftigen. Die bisherige gute Zusammenarbeit des Gerichts mit dem Kreistag, dem Rat des Kreises und der Kreisleitung der SED wird die Gewähr dafür sein, daß die Richterwahl 1960 im Kreis Karl-Marx-Stadt erfolgreich durchgeführt werden kann.

HEINZ FISCHER,

Direktor des Kreisgerichts Karl-Marx-Stadt (Land)

Leistungsvergleiche zwischen den Kreisstaatsanwaltschaften

Im Bezirk Potsdam wurde unter Führung der Bezirksleitung der SED eine neue Methode der sozialistischen Leitung entwickelt: der Leistungsvergleich. Diese Leistungsvergleiche sind eines der Mittel zur Entwicklung des sozialistischen Arbeitsstils. Sie haben das Ziel, die Zurückgebliebenen an die Fortgeschrittenen heranzuführen. Dabei werden alle Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsergebnisse ausgenutzt. Im Bezirk Potsdam werden Leistungsvergleiche zwischen den Parteiorganisationen der Kreise, den Räten der Kreise, den MTS-Bereichen, zwischen LPG, VEB, Schulen und auch zwischen den Kreisstaatsanwaltschaften durchgeführt, und zwar sollen die Leistungen das ganze Jahr über verglichen werden.

Der Leistungsvergleich begann zwischen den Staatsanwaltschaften der Kreise Kyritz, Wittstock und Pritzwalk*, die sämtlich im Rhin-Havel-Luchgebiet liegen und deren Schwerpunktaufgabe darin besteht, die Losung der SED-Bezirksleitung, „den Bezirk Potsdam zur Milchader Berlins und ganz Berlin zur Stadt des Friedens zu machen“, verwirklichen zu helfen. Hierbei stehen folgende Hauptfragen im Vordergrund:

1. Wie erfolgt das planmäßige Studium des dialektischen Materialismus, der Beschlüsse der Partei, des Kreistages und des Rates des Kreises?

2. Welche Arbeitsergebnisse wurden bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft erreicht?

3. Wie erfolgt die gesellschaftliche Erziehung in Strafverfahren? Wie wurden die hierbei gewonnenen Erkenntnisse auf die Gebiete des Zivilrechts, Arbeitsrechts und der Allgemeinen Aufsicht übertragen?

4. Wie wurde durch die Zivil- und Arbeitsrechtsprechung die Verwirklichung der Losung der Bezirksleitung unterstützt?

* Ein Bericht über die Auswertung der ersten Ergebnisse wird in einem der nächsten Hefte veröffentlicht werden. — D. Red.

5. Wie wurde die politische Massenarbeit zur Erfüllung der von der Bezirksleitung und den Kreisleitungen gestellten Aufgaben ausgenutzt?

Als Ergebnis der Leistungsvergleiche werden die besten Erfahrungen in einem konkreten Maßnahmenplan für die zurückgebliebenen Vergleichspartner festgehalten. Die guten Beispiele werden verallgemeinert, damit sie zur Veränderung der Arbeit in den anderen Kreisdienststellen führen. Dadurch soll erreicht werden, daß die sozialistische Gemeinschaftsarbeit gefördert und im Zusammenhang damit die sozialistische Hilfe organisiert wird.

Beim Leistungsvergleich ist folgendes zu beachten:

1. Einfache Feststellungen der Arbeitsergebnisse sind wenig von Nutzen, wenn nicht zugleich dargelegt wird, wie man solche Ergebnisse erreicht. Deshalb muß vor allem herausgearbeitet werden, wie das Kollektiv, wie die Mitarbeiter die guten Ergebnisse erzielten.

2. Der Leistungsvergleich muß auf die Hauptfragen orientieren. Diese sind mit den Beteiligten des Leistungsvergleichs durchzusprechen.

3. Der Leistungsvergleich umfaßt die Tätigkeit aller Mitarbeiter der Dienststellen. Damit wird bei ihnen ein größeres Interesse für die Verbesserung der Arbeit erreicht. Graphische Darstellungen und Beiträge an der Wandzeitung sollten sie ständig über Zwischenergebnisse beim Leistungsvergleich informieren.

4. Es muß vorher genau festgelegt werden, wer den Vergleich durchführt. Zweckmäßig ist es, daß eine Gruppe Vergleichspartner kontrolliert und die Erfahrungen bzw. Ergebnisse vergleicht.

5. Die Auswertung des Leistungsvergleichs muß in gemeinsamen Beratungen der Vergleichspartner unter Einbeziehung aller Mitarbeiter und ggf. von Funktionären der Partei, Massenorganisationen und der örtlichen Organe der Staatsmacht erfolgen.

6. Die Ergebnisse der Leistungsvergleiche werden in dezentralen und zentralen Dienstbesprechungen und in den Parteiorganisationen ausgewertet.

Die Bezirksstaatsanwaltschaft unterstützt die Durchführung der Leistungsvergleiche durch drei Brigaden, die auf den Schwerpunktgebieten Landwirtschaft, Industrie und Bauwesen in den drei Kreisen tätig sind. Die Brigaden bereiten vor allem die Auswertung in den dezentralen Dienstbesprechungen vor, die monatlich in den Schwerpunktgebieten mit den dazugehörigen Kreisdienststellen durchgeführt werden. Gleichzeitig sind sie für die Verallgemeinerung in den zentralen Dienstbesprechungen verantwortlich. Die Mitglieder der Brigaden, die aus drei Staatsanwälten, je einem Mitarbeiter der Justizverwaltungsstelle, der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei und des Rates des Bezirks bestehen, geben an Ort und Stelle Anleitung und Hilfe und kontrollieren die Durchführung der Beschlüsse, die im Maßnahmenplan festgehalten sind.

Wir beabsichtigen, Leistungsvergleiche demnächst auch zwischen den Brigaden und den Abteilungen der Bezirksstaatsanwaltschaft durchzuführen.

WERNER MAASS,

Stellvertreter des Staatsanwalts des Bezirks Potsdam

Gegen den Alkohölmißbrauch!

Chruschtschow hat in seinem Schlußwort auf dem XXI. Parteitag der KPdSU die Meinung vertreten, daß die von einigen Delegierten gemachten Vorschläge zur Verstärkung des Kampfes gegen Erscheinungen der Trunksucht richtig sind und daß es gut wäre, wenn die Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien und die Ministerräte der Unionsrepubliken der Frage mehr Aufmerksamkeit schenken und Maßnahmen gegen den Mißbrauch alkoholischer Getränke ergreifen würden.

So müßten — wie Chruschtschow ausführte — Gesetzentwürfe ausgearbeitet, mit den Werktätigen diskutiert und dann beschlossen werden. Diese Gesetze müßten strenge Maßnahmen gegen jene vorsehen, die mit alkoholischen Getränken Mißbrauch treiben. Chruschtschow erklärte, daß die Werktätigen in allen Republiken die